

Bundeskanzler Helmut Kohl:

Ein großer Wahlsieg für die Union

Einen Tag nach dem großartigen Wahlsieg der Union in den fünf neuen Bundesländern der bisherigen DDR stellte sich der Parteivorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl, zusammen mit den Spitzenkandidaten den Fragen der Bonner Presse im Konrad-Adenauer-Haus. Zum Ergebnis der Wahlen erklärte der Bundeskanzler:

Der 14. Oktober war für uns ein Wahltag großer Freude und Genugtuung. Die Wahlen in den neuen Bundesländern, aber auch die Wahlen in Bayern haben für uns und unsere Freunde von der CSU ein sehr gutes Ergebnis erbracht.

Dies ist ein ausgezeichnetes Wahlergebnis, und wir haben allen Grund, all denen zu gratulieren, die in den Landesverbänden der CDU dazu beigetragen haben, die gekämpft haben in Sachsen, in Sachsen-

Auftakt für die Wahl

am 2. Dezember

Anhalt, in Thüringen, in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern. Dies gilt insbesondere für die hier anwesenden Spitzenkandidaten.

Es ist ein Wahlkampf unter schwierigsten Bedingungen gewesen. Wenn man sich allein vor Augen hält, was es für ein Problem ist, von einem Ort zum ande-

(Fortsetzung Seite 2)

HEUTE AKTUELL

● **Landtagswahlen**
Kurt H. Biedenkopf: Es beginnt jetzt die Zeit der praktischen, der täglichen Solidarität. Seite 3

● **Europa**
Gerd Langguth: Das EG-Recht gilt ab sofort auch in den neuen Bundesländern. Seite 11

● **Kommunen**
Gemeinden sind gut gerüstet für die deutsche Einheit. Seite 14

● **Steuern**
Institut der deutschen Wirtschaft: Steuererhöhungen sind für die deutsche Einheit nicht nötig. Seite 17

● **Wohnungsbau**
Milliardenprogramm für die Wohnungsmodernisierung in den neuen Ländern. Seite 19

● **Öffentlichkeitsarbeit**
Für den Bundestagswahlkampf '90: Unsere Sympathie-Werbemittel. Seite 21

● **Dokumentation**
Die Landtagswahlen in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen sowie die Wahl zum Bayerischen Landtag. Vorläufige amtliche Endergebnisse sowie Kommentare zu den Wahlen. Grüner Teil

(Fortsetzung von Seite 1)

ren zu telefonieren und die einfachsten Kommunikationsmöglichkeiten zu nutzen, dann hat man eine Vorstellung davon.

Hier ist auch denen zu danken, die aus der ursprünglichen Bundesrepublik geholfen haben, aus den Kreisverbänden, die personelle Unterstützung geleistet haben wie schon damals vor dem 18. März. Vor allem danke ich den Männern und Frauen, die überall in den neuen Bundesländern, in den kleinen Orten und großen Städten und nicht zuletzt in den Betrieben gekämpft haben.

Da ich seit Jahrzehnten Wahlkampf betreibe, praktisch seit meiner Schülerzeit, kann ich schon ein Urteil darüber abgeben, was im Wahlkampf möglich ist und was nicht. Ich selbst habe ja die Gelegenheit gehabt, immerhin vor rund 300.000 Zuhörern zu sprechen, und habe die Hoffnungen und Erwartungen der Menschen selbst erfahren.

Das Ausmaß des Erfolges für die Union wird am besten dadurch deutlich, daß man sich noch einmal einen Moment gegenwärtig, welchen Weg wir in diesem Jahr gegangen sind, wie das war, als wir die „Allianz für Deutschland“ vor der Wahl zur Volkskammer gebildet haben.

Die dritte freie Wahl

Es war die dritte freie Wahl in der ehemaligen DDR, und ich erinnere noch einmal an die Einschätzung vieler, daß das neu hinzutretende Gebiet der bisherigen DDR strukturell mehrheitlich ein SPD-Gebiet sein müsse. Entsprechende Prognosen haben sich wie so viele andere in Nichts aufgelöst.

Ich will auch ausdrücklich, weil es gestern abend für meine Begriffe in der

öffentlichen Diskussion zu kurz gekommen ist, noch einmal die außergewöhnliche Leistung der Regierung de Maizière hervorheben. Wer sich die Ausgangsposition vergegenwärtigt, die mühsame Bewältigung von schwierigsten Problemen mit noch sehr eingeschränkten Möglichkeiten, der hat eine Vorstellung davon, was geleistet wurde.

Aber in das Bild gehören auch die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zum richtigen Zeitpunkt und der große außenpolitische Erfolg bei den Zwei-plus-Vier-Verhandlungen, den wir gemeinsam erreichen konnten.

Bestätigung unserer Politik

Das Wahlergebnis in der bisherigen DDR mit rund 43 Prozent für uns, die CDU, ist eine hervorragende Bestätigung der bisherigen Politik, wobei wir angesichts der deutlich niedrigeren Wahlbeteiligung im Vergleich zur Volkskammerwahl davon ausgehen, daß unser Stimmenpotential im Blick auf die Bundestagswahl keineswegs ausgeschöpft wurde.

Das Wahlergebnis macht vor allem eines deutlich: die enorme Verantwortung, die auf der CDU ruht, nicht zuletzt auf den künftigen Ministerpräsidenten, auf den Landtagsfraktionen, aber natürlich auch auf der Gesamtpartei — und das gilt selbstverständlich auch für mich.

Ich habe ja bei vielen Begegnungen nicht nur Hoffnungen und Erwartungen erfahren, sondern auch die Sorgen der Menschen auf dem Weg in die Zukunft.

Die wirtschaftliche Lage, die notwendigen Entscheidungen der kommenden Zeit, die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen und — von Monat zu Monat drängender — die Überwindung und Ablösung alter Strukturen, — Kurt Biedenkopf hat an die „alten Seilschaften“ erinnert —, das sind die herausra-

genden Themen vor uns, die jetzt ganz oben auf der Tagesordnung stehen.

Das Wahlergebnis hat noch eine weitere sehr wichtige Folge, daß nämlich die Mehrheit im Bundesrat wiederum der Mehrheit im Bundestag entspricht, die die von mir geführte Regierungskoalition trägt. Es wird sehr wichtig sein, im Bundesrat zu einer möglichst kollegialen Zusammenarbeit auch zwischen den bisherigen und den neuen Mitgliedern zu kommen. Wir werden hier das Notwendige tun.

Jetzt geht es für uns in der CDU darum, die ganze Kraft zum Wohl der Menschen gerade auch in der bisherigen DDR einzusetzen und als Partei den Kampf um jede Stimme für die Bundestagswahl am 2. Dezember zu führen. Es ist wahr, wir haben eine günstige Ausgangsposition, aber eine solche günstige Ausgangsposition birgt leicht die Gefahr in sich, daß manche glauben, die Wahl sei schon gelaufen. Davon kann gar keine Rede

Kampf um jede Stimme am 2. Dezember

sein. Die Wahl zum Bundestag ist entschieden am 2. Dezember um 18.00 Uhr und keine Minute zuvor. Wir werden uns in diesem Wahlkampf voll und ganz engagieren.

Ich habe heute auch darüber gesprochen, daß dieser Wahltermin am 2. Dezember zusammenfällt mit bzw. unmittelbar überleitet zu wichtigen Landtagswahlterminen: Es wird am 2. Dezember die wichtige Wahl zum Abgeordnetenhaus von Berlin stattfinden, am 20. Januar nächsten Jahres die Wahl zum Hessischen Landtag und am 21. April die Wahl in Rheinland-Pfalz. Diese Wahlen, insbesondere die beiden letzten, sind nicht zuletzt wichtig im Blick auf die Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat. Deshalb

will ich sie hier von mir aus noch einmal deutlich ansprechen.

Wir sind außerordentlich erfreut über das Abschneiden unserer Freunde in Bayern. Daß Max Streibl und Theo Waigel gemeinsam ein so gutes Ergebnis erzielen konnten — ein Ergebnis, das an die großen bisherigen Erfolge der CSU anknüpft, ist eine hervorragende Sache, und wir freuen uns auch sehr darüber, daß der Versuch der Republikaner, in den Landtag zu kommen, am Wähler gescheitert ist. Auch das gehört zu den sehr guten Ergebnissen des gestrigen Wahltages. ■

Kurt H. Biedenkopf:

Es beginnt jetzt die Zeit der praktischen, der täglichen Solidarität

Wir haben in Sachsen eine hohe Wahlbeteiligung erreichen können im Verhältnis auch zu einigen der anderen Länder. Das ist neben der hervorragenden Mitwirkung der Bundespartei — vor allem des Bundeskanzlers selbst in drei großen Kundgebungen — auf die intensive Mitarbeit nicht nur der eigenen Partei, sondern auch vieler Helfer zurückzuführen. Es ist uns gelungen, einen wesentlichen Teil unserer Wähler auch an die Urnen zu bringen, was keineswegs so einfach war; und ich führe das gute Wahlergebnis mit 53,8 Prozent auch auf diesen Mobilisierungseffekt zurück.

Wir sind in Sachsen tief eingebrochen in die traditionelle Wählerschaft der SPD, vor allen Dingen im Bereich der Arbeiter, der Arbeitnehmer. Erste Zahlen, die mir

vorliegen, sprechen von bis zu 60 Prozent Arbeiterstimmen für die CDU. Wir sind uns darüber im klaren, daß dies nicht nur eine große Auszeichnung und ein großer Vertrauensvorschuß ist, sondern auch eine nachhaltige Inpflichtnahme.

Ich glaube, wenn ich einmal anknüpfen darf an das, was der Bundeskanzler zum Ablauf vom letzten Oktober bis heute gesagt hat, man kann sagen, daß mit dem Tag der Deutschen Einheit, dem 3. Oktober, der friedlichen Revolution erster Teil abgeschlossen war, der die Wiederherstellung der Deutschen Einheit bewirkt hat,

Aufbauarbeit beginnt

und daß mit der Landtagswahl der friedlichen Revolution zweiter Teil begonnen hat, nämlich die Aufbauarbeit, die natürlich begleitet wird auch von dem sehr mühsamen Abtragen der Altlasten, und zwar nicht nur der ökonomischen, der wirtschaftlichen, sondern vor allem auch der politischen Altlasten.

Es gibt, das ist meine Erfahrung, aber auch die vieler anderer, eine wachsende Sorge in der Bevölkerung, daß das Abtragen der Altlasten nicht gelingen könnte oder nicht ausreichend gelingen könnte und daß deshalb die Menschen um die Früchte ihrer friedlichen Revolution betrogen werden, daß also die Überwindung der alten Seilschaft mißlingen könnte.

Diese alten Seilschaften finden sich eben nicht nur in Teilen der öffentlichen Verwaltung, an der Spitze vieler Ämter, in den Gerichten, sondern vor allem auch in den Unternehmen. Die zum Teil in großer Erregung vorgetragene Feststellung, daß die alten Herren sich gegenseitig befördern, sich zur Spezialisierung in den Westen schicken, woanders entlassene oder gefeuerte Altsozialisten als ihre persönlichen Referenten einstellen und

gleichzeitig die Arbeiter, die im Herbst letzten Jahres auf der Straße waren, entlassen, ist symptomatisch für die ganze Lage.

Das hat sicher auch damit zu tun, daß man nicht alles auf einmal anpacken konnte. Und ich möchte hier unterstreichen, was der Bundeskanzler zu der enormen Leistung gesagt hat, die von Lothar de Maizière und seiner Regierung in Berlin erbracht worden ist, einer Leistung, ohne die alles das, was wir jetzt machen, gar nicht möglich wäre.

Nur jetzt wenden sich die Menschen an die neuen Landesregierungen. Der Erwartungshorizont, der uns im Wahlkampf begegnet ist, ist kaum einzulösen. Es sind riesige Erwartungen und Hoffnungen, die auch auf mich persönlich projiziert worden sind, das habe ich überall in den Betrieben, in den Verwaltungen, in den großen und kleinen Versammlungen, in den Gesprächen gespürt.

Neue Arbeitsplätze

Mir war es wichtig, und das möchte ich auch hier sagen, festzustellen:

1 Die große Aufbauleistung ist nur zu schaffen, wenn es uns gelingt, die Menschen dazu zu motivieren. Deshalb ist es entscheidend, daß es uns gelingt sicherzustellen, daß überall dort, wo Menschen anderen Menschen anvertraut sind im Sinne der Führungsfunktion, diejenigen, die führen, über Qualifikationen verfügen, die bei den Menschen Vertrauen begründen.

2 Wir werden im Herbst und Winter eine sehr schwierige und kritische Zeit bekommen. Wir müssen Hunderttausende von Arbeitsplätzen umstrukturieren, alte unnütze Arbeit abbauen und neue Arbeit aufbauen. Das geht nicht von

heute auf morgen. Die Menschen, die das leisten, müssen wissen, daß diese Aufgabe eine Aufgabe aller Deutschen ist. Wir waren sehr solidarisch in der großen Euphorie der Einheit. Es wird jetzt die Zeit der praktischen, der täglichen Solidarität kommen. Meine persönliche Erfahrung jedenfalls ist, daß die Menschen von dem zukünftigen Ministerpräsidenten in Sachsen erwarten, daß er dies tut, daß er insoweit nicht nur Ministerpräsident des Landes ist, sondern auch ein Anwalt des Landes im Verhältnis zu Deutschland als ganzem.

Letztlich möchte ich aber auch etwas sehr Positives mitbringen aus dieser Kampagne. Ich habe noch nie in meiner nun auch immerhin rund zwanzigjährigen

Zur Mitarbeit bereit

aktiven politischen Arbeit Menschen in so großer Zahl angetroffen, die so bereit sind, alles zu tun, was nötig ist, um mitzumachen.

Wenn einem in einer Fabrik hochspezialisierte Dreher entgegenkommen und sagen: „Wir haben zwar im Augenblick nichts mehr auf unserer Werkbank zu arbeiten, aber dann bauen wir eben Holzpaletten und verkaufen Holzpaletten, damit es weitergeht“, wenn man sieht, wie die Leute in den Betriebsräten die Last der Entlassungen auf sich nehmen und diese Lasten durchtragen, und wenn man sieht, wie überall die Bereitschaft besteht, mitzuarbeiten, dann kann man nur tief beeindruckt sein.

Es sprießt inzwischen überall im Land. Und ich möchte hier, und zwar ausdrücklich im Auftrag vieler vieler Menschen aus dem Land Sachsen, auch Sie bitten, daß Sie nicht nur das Zusammenbrechende sehen, daß Sie nicht nur den Schrott sehen, daß Sie nicht nur die Trümmer sehen, sondern daß Sie auch

mit etwas Anstrengung das sehen, was wieder sprießt.

In den kleinen Städten gibt es kaum noch einen Ort, wo nicht ein Haus verputzt wird, ein Gerüst steht, ein neuer Laden eingerichtet wird. Hunderttausende kleiner Aktivitäten beginnen überall. Es ist noch nicht der große Durchbruch, aber es ist der Humus, der sich hier bildet, auf dem die Erneuerung stattfinden wird.

Und da die Menschen im östlichen Teil unseres gemeinsamen Deutschland sich nach wie vor in erster Linie an die westlichen Medien wenden, um Auskunft über die Befindlichkeit ihres eigenen Lebensbereiches zu erhalten, ist es sehr wichtig, daß man nicht nur das sieht, was schrottreif ist, sondern auch das sieht, was wächst. Denn aus dem, was wächst, schöpfen die Menschen Hoffnung.

In Dresden habe ich mit dem stellvertretenden Bürgermeister, der Sozialdemokrat ist und für die Wirtschaftsseite der Stadt zuständig, nach langem geduldigen Hinreden auch einen öffentlichen Streit angefangen, weil in der Stadt 870 schon nachgeprüft brauchbare Investitionsvorhaben zur Bearbeitung und Genehmi-

Wir brauchen Hilfe

gung vorliegen, in der Größenordnung mehrerer Milliarden. Nach der Intervention, bei der die Summe dieser Projekte nicht bestritten wurde und die Sozialdemokraten auch nicht bestritten haben, daß es sich um eine Investitionsblockade handelt, konnten wir dann genau 16 Projekte ausmachen, die in den nächsten drei bis sechs Wochen entscheidungsreif sind. Also hier muß dringend auch die Blockade auf der kommunalen Ebene überwunden werden.

Dazu brauchen wir wiederum Hilfe, denn ein wesentlicher Teil der Blockaden ist auf Entscheidungsgänge zurückzuführen,

auf die fehlende Erfahrung, wie man so was macht, und auf die Angst, Entscheidungen begründen zu müssen, die man bei aggressiver politischer Kontrolle nicht begründen zu können glaubt.

Lassen Sie mich einen letzten Punkt sagen: Wir haben in den letzten Tagen alle Menschen, die in den letzten Jahren die DDR verlassen haben, aufgerufen zu überlegen, ob sie nicht zu dieser Aufbauarbeit wieder zurückkehren. Und wir haben auch alle diejenigen, die in den fünfziger und sechziger Jahren vertrieben wurden und dann hier neu aufgebaut haben und zum großen Teil sehr erfolgreiche Unternehmer geworden sind, aufgerufen, ob sie nicht ihren Sachverstand, ihr Können und Wissen zumindestens mit zur Verfügung stellen wollen für die großartige Herausforderung des Aufbaus des östlichen Teils Deutschlands.

Gerd Gies:

Grund für den Erfolg war unsere klare Konzeption für einen schnellen Wirtschaftsaufschwung

In Sachsen-Anhalt hat die Union von 49 Wahlkreisen 48 direkt errungen. Lediglich einen Wahlkreis konnte die SPD durch ihren Spitzenkandidaten, Herrn Höppner, erreichen, aber auch das nur mit einem Prozentpunkt Differenz.

In Sachsen-Anhalt hat sich die relativ geringe Wahlbeteiligung auch nachteilig auf das Ergebnis der Union ausgewirkt.

Wir hatten knapp 66 Prozent Wahlbeteiligung, obwohl wir auch in der letzten Phase des Wahlkampfes uns sehr stark darauf orientiert hatten, die Wähler zu mobilisieren, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen.

Auch bei uns ist nach unseren Erkenntnissen die Arbeitnehmerschaft das größte Potential unserer Wähler. Wahrscheinlich waren auch Umfragen der letzten Zeit dazu angetan, Wähler dazu zu ermutigen, zu Hause zu bleiben, da offenbar die Wahl für die Union schon gelaufen zu sein schien.

Nun, wir haben ein gutes Ergebnis erreicht, und wenn Sie sich die Zahlen ansehen, ergibt sich zwingend daraus eine Koalition zwischen CDU und FDP. Darüber sind bisher noch keine Gespräche geführt worden. Es gab aber gestern abend am Rande des Wahlabends schon erste Kontakte. Wir werden das mit unseren Gremien beraten. Die FDP wird ebenso verfahren, und wir werden uns dann zusammensetzen und darüber sprechen, wie wir verfahren können.

Wenn ich eine solche Koalition einmal voraussetze, dann würde das für CDU und FDP 62 Sitze ergeben und für SPD, PDS und Grüne 44 Sitze. Was die SPD angeht, so hatte ich auch Sachgespräche angeboten, jedoch sind sie durch den Spitzenkandidaten, Dr. Höppner, bereits gestern abend als nicht notwendig zurückgewiesen worden, so daß also eine sehr deutliche Konstellation gegeben ist.

Ich möchte von dieser Stelle unserem Parteivorsitzenden, Herrn Bundeskanzler Helmut Kohl, sehr herzlich für seinen Einsatz auch in Sachsen-Anhalt danken, und ich muß sagen, es sind die schönsten Erlebnisse während des Wahlkampfes gewesen, zu sehen, mit welcher Begeisterung und mit welchem Vertrauen die Menschen in Sachsen-Anhalt dem Kanzler begegnen.

Mit diesem Wahlergebnis, denke ich, habe ich ein Versprechen, das ich auf dem Bundesparteitag in Hamburg gegeben habe, eingelöst. Ich habe dort gesagt, daß ich alle Kraft daran setzen werde, den Bundesrat wieder zu einem ordentlichen Gremium zu machen.

Wenn ich versuche zu analysieren, welches die Gründe für diesen Erfolg waren, so steht sicherlich an erster Stelle unsere klare Konzeption zu einem sehr schnellen und durchgreifenden Wirtschaftsaufschwung in Sachsen-Anhalt, der neue Arbeitsplätze schaffen wird, die den Arbeitnehmern in Sachsen-Anhalt eine Zukunft bieten und die auch gewährleisten, daß das Wohlstandsgefälle zwischen den westlichen und östlichen Bundesländern in absehbarer Zeit abgebaut werden kann.

Josef Duchac:

Wir haben klare Konzepte gehabt und erfolgreich um das Vertrauen der Wähler geworben

Wir sind in Thüringen sehr froh über das Ergebnis. Der Landesverband der CDU ist damit als die politisch stabile Kraft im Lande bestätigt. Wir freuen uns darüber um so mehr, als die SPD Spitzenpolitiker aufgeboten hatte und ein Prof. Farthmann ja ein Mann ist, der mit viel Kenntnis und mit einem riesigen Materialaufwand in den Wahlkampf gegangen ist, während der kleine Landesverband der CDU kräftig strampeln mußte.

Wir haben das mit zwei Leuten gemacht: mit dem Landesvorsitzenden und mit

dem Spitzenkandidaten. Das hat sich bewährt. Die Basis hat das getragen, die Partei ist zusammengerückt.

Wir wissen, daß wir dabei sehr gute Hilfe erhalten haben durch die uns befreundeten Parteiverbände besonders in Hessen und in Rheinland-Pfalz. Und wir wissen auch sehr wohl zu schätzen, wie der Bundeskanzler sich eingesetzt hat mit dem Bekenntnis für Thüringen.

Ich glaube, daß die Menschen in Thüringen ganz besonders diese Identifikation mit dem Land und den Einsatz unserer Freunde für das Land — an der Spitze der Bundeskanzler — als ein deutliches Zeichen verstanden haben. Damit wissen wir jetzt, daß wir vollgültig Bundesland in dieser Bundesrepublik sind.

Wir haben klare Konzepte gehabt und dargestellt. Wir haben beim Wähler um das Vertrauen geworben, und ich glaube, dieses Werben um Vertrauen war ein wichtiger Grundstein bei der Vorbereitung auf die Wahl.

Wir haben weniger den Kampf hervorgehoben, mehr das Werben um Vertrauen, und bei dieser Grundhaltung, glaube ich, kann man mit dem Ergebnis zufrieden sein.

Alfred Gomolka:

Wir wollen das Sofortprogramm für unser Land möglichst rasch in Angriff nehmen

Das Ergebnis in Mecklenburg-Vorpommern weckt verständlicherweise zwiespältige Gefühle: Auf der einen Seite ein

deutlicher Zuwachs von fast zwei Prozent gegenüber der Volkskammerwahl; auf der anderen Seite die Spezifika des Landes, die Bevölkerungsdichte, die Ausdehnung und der sicher daraus wenigstens teilweise resultierende hohe Anteil an Nichtwählern, die zum großen Teil unseren Sympathisanten zuzurechnen sind, dazu die wirtschaftlichen Strukturschwächen in der Landwirtschaft und in der Werftindustrie.

Diese wenigen Worte sollen zeigen, daß es nicht immer leicht gewesen ist. Wir haben uns eingebracht, wir waren stark engagiert und sind dankbar für die Unterstützung, die wir vom Bundeskanzler erhalten haben.

Wir sind mit dem Wahlergebnis in eine Situation geraten, in ein Patt, aus dem wir versuchen wollen herauszukommen. Wir

Gezielte Wirtschaftsförderung

wollen uns auf jeden Fall bemühen, in die Regierungsverantwortung einzutreten, und hoffen, daß wir bei den Partnern so viel Verständnis für die Interessen des Landes erwarten können, daß das auch ohne längere Prozeduren möglich wird.

Ich möchte nur noch einmal unterstreichen, daß auch gerade im Norden eine hohe Erwartung gegenüber der Regierung des künftigen Landes, gegenüber der Bundesregierung besteht, und zwar in vielfältiger Hinsicht, insbesondere was strukturelle Veränderungen im Personalbestand staatlicher Institutionen, von Arbeitsämtern und ähnlichem angeht.

Wir haben versucht, dem mit einem Sofortprogramm zu entsprechen, und ich persönlich will dieses Programm, das vor allem die gezielte Wirtschaftsförderung durch das Land einschließt, möglichst rasch in Angriff zu nehmen.

Peter-Michael Diestel:

Wir wollen, daß die Brandenburger eine Regierung erhalten, in der die CDU ein Wort mitreden kann

Ich würde gerne in das Horn meiner Vordredner stoßen, bin aber bedauerlicherweise nicht in der Lage, auf vergleichbare Erfolge als Spitzenkandidat der CDU für das Land Brandenburg zu verweisen. Die Politik besteht aus Höhen und Tiefen. Eine Höhe ist, der Partei anzugehören, die hier gestern ein phantastisches Ergebnis und ein großes Vertrauen in der Bevölkerung erzielt hat; die Tiefe ist, daß ich meine Leistung, die Leistungen meines Landesverbandes in Brandenburg darzustellen habe.

Wir haben 29,4 Prozent der Wählerstimmen erhalten, und ich muß Ihnen sagen, wir sind darüber enttäuscht. Wir haben etwa zwei bis drei Prozent mehr erwartet.

Wir sehen das im Zusammenhang mit einem starken Ansteigen der Wählerstimmen für die SPD in Brandenburg. Hier hat sich ja die Ausnahme vollzogen. Wir sind von einem Kopf-an-Kopf-Rennen ausgegangen und dachten, in etwa auf gleicher Höhe durchs Ziel zu kommen.

Ich muß neidvoll akzeptieren, daß Herr Dr. Stolpe mit der SPD einen sehr guten Wahlkampf geführt hat und daß die SPD mit Herrn Dr. Stolpe einen in unserem Land Brandenburg sehr prominenten und ihren attraktivsten Spitzenkandidaten in den fünf Ländern präsentiert hat.

Wir haben das Ergebnis analysiert. Ich muß Ihnen sagen, es ist uns nicht gelungen.

gen, in den letzten Wochen große Wählerschichten zu erreichen, wie z. B. die Werktätigen aus der Landwirtschaft, was im Land Brandenburg besonders wichtig ist, da es ein traditionell agrarisch strukturiertes Land ist.

Es gilt auch zu verzeichnen, daß viele PDS-Wähler diesmal die SPD gewählt haben und daß die PDS in Brandenburg mit 13,4 Prozent nach wie vor ein sehr hohes Ergebnis erzielt hat. Die Wahlbeteiligung mit etwa 67 Prozent war für uns sehr ungünstig. Es war ein wunderschöner Spätsommertag, Altweibersommer, an dem sicherlich viele unserer Wähler Pilze gesucht haben.

Wir haben uns im Verhältnis zur letzten Wahl, zur Kommunalwahl am 6. Mai, um etwa 2,5 Prozent verbessert, aber wir haben eine Einbuße gegenüber der Volkammerwahl, die vor einem halben Jahr stattgefunden hat, in Höhe von 4 Prozent einstecken müssen. Das ist für uns betrüblich und wird Gegenstand weitergehender Analysen sein.

Mit neuer Kraft voraus

Meinen persönlichen Wahlkreis, meinen Direktwahlkreis in Frankfurt/Oder, habe ich mit großer Mehrheit gewonnen, und ich werde mich in diesem Wahlkreis in den nächsten Wochen und Monaten einsetzen als Landtagsabgeordneter, um hier eine Verbesserung der Lebensinteressen der Bürger zu erzielen.

Wir stehen in Brandenburg vor der Aufgabe, die Partei zu reorganisieren. Wir werden in den nächsten Wochen einen Parteitag abhalten und dann die am 2. Dezember anstehende Wahl mit neuer Kraft, neuem Tatendrang und auch mit neuen Personen in Angriff nehmen.

Ich möchte abschließend Herrn Bundeskanzler Helmut Kohl danken, daß er uns

im Land Brandenburg geholfen hat, ein wenn auch nicht befriedigendes, so doch achtbares Ergebnis erzielt zu haben.

Wir wollen, daß die Brandenburger in Kürze eine Regierung erhalten, in der die CDU ein Wort mitreden kann. Sie wissen anhand der Zahlen, daß im Prinzip nur eine große Koalition möglich ist. Hierüber wird die CDU nicht entscheiden können. Hierzu hat die SPD die ersten Schritte einzuleiten. Wir sehen den Dingen optimistisch entgegen. Wir werden gegebenenfalls eine konstruktive Opposition im Land Brandenburg sein.

Lothar de Maizière:

Die Wähler sahen bei uns die Kompetenz zur wirksamen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

Mit dem gestrigen Tage, mit der Wahl und der Konstituierung der Landtage und der Bildung der Landesregierungen ist die föderalistische Struktur in dem früheren Gebiet der DDR wiederhergestellt worden, eben jene Struktur, die der Bundesrepublik in den zurückliegenden 40 Jahren zu enormen Leistungen verholfen hat, sowohl was die wirtschaftliche Seite anbelangt als auch was die politische Strukturierung angeht.

Mit dieser Länderbildung haben wir den Menschen, glaube ich, die Möglichkeit zu historischer und heimatlicher Identifizierung zurückgegeben. Eine DDR-Identität war immer eine Scheinidentität.

Die Wiederherstellung dieser Länder war eine der wichtigsten Forderungen des vergangenen Herbstes. Die Menschen wollten wieder ihre Länderidentität spüren. Ein Chemnitzer hat sich nie als Karl-Marx-Städter gefühlt, nicht einmal nur als Chemnitzer, sondern als Sachse, und genauso wollte ein Bewohner von Gera nicht nur Bewohner des Bezirkes Gera sein, sondern er wollte sich als Thüringer fühlen.

Diese gestrige Wahl und die daraus resultierenden Strukturbildungen sind die endgültige Absage an den Zentralismus.

Klarer Sieg der Demokratie

1952 hat die SED durch die sogenannte Verwaltungsreform die Länder aufgelöst. Die Länderkammer hat zwar noch bis 1958 bestanden, aber ich weiß nicht, mit welchen Aufgaben und ob sie überhaupt noch zusammengetreten ist.

Ich halte die Abschaffung des Zentralismus, der einer der Kreuzübel sowohl in der wirtschaftlichen als auch in der politischen Struktur in der Vergangenheit war, für das wesentlichste Ergebnis und damit auch für einen klaren Sieg der Demokratie.

Jetzt komme ich zu den Wahlen, die wir dieses Jahr hatten. Es sind drei: die Volkskammerwahl vom 18. März und die Kommunalwahl vom 6. Mai. Ein Jahr nach der berühmten Betrugswahl vom 7. Mai 1989 waren es eigentlich Abwahlen des bis dahin herrschenden Systems, während die Landtagswahl gestern die erste Durchsetzungswahl war.

Es hat sich die Kraft, die in den vergangenen Monaten am konsequentesten für die deutsche Einheit eingetreten ist, tatsächlich durchgesetzt, und zwar aufgrund eines sehr anstrengenden, aber auch effektiven Wahlkampfes. Er wurde geführt von den Ortsverbänden, von den

Kreisverbänden, wo sich das schon im März gefundene Wort „Freunde helfen Freunden“ erneut bewährt hat, und nicht zuletzt von Bundeskanzler Helmut Kohl.

Die CDU hat eine klare Mehrheit bei den Arbeitnehmern gefunden. Das drückt die große Erwartung aus, die die Arbeitnehmer in diesem Land auf uns setzen. In der Landwirtschaft war sie nicht ganz so erfolgreich; dort müssen wir noch analysieren, woran es gelegen hat.

Ich glaube, daß die Menschen trotz der großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die sie trotz aller gegenläufigen Propaganda eben nicht der Politik der letzten fünfzehn Monate anhängen, eben wissen, daß 15.000 Tage Sozialismus nicht in 150 Tagen Sozialer Marktwirtschaft zu bereinigen sind. Die Wähler sehen bei der CDU die Kompetenz zur wirksamen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit mit sozial verträglichen Maßnahmen. Sie sehen in der CDU die Kraft, die bereit und in der Lage ist, die Wirtschaft tatsächlich anzukurbeln. Und was uns mit

Auftakt für den 2. Dezember

besonderer Zufriedenheit erfüllt, das ergeben auch Meinungsumfragen: Sie sind der Auffassung, daß sich die CDU den Umweltfragen stellt.

Zwei Punkte möchte ich noch einmal unterstreichen. Erstens: In den zurückliegenden Jahren und Jahrzehnten haben immerhin 4,6 Millionen Menschen das Land verlassen; diejenigen, die sich erneut und wirksam einbringen wollen, sollten dies tun. Zweitens: Diese Landtagswahlen sind für uns der Auftakt für die Bundestagswahlen. Wir haben nicht die Absicht, uns auf unseren Erfolgen auszuruhen, sondern wir wissen ganz genau: die Bundestagswahl ist erst am 2. Dezember um 18.00 Uhr entschieden. ■

Das EG-Recht gilt ab sofort auch in den neuen Bundesländern

Der Weg der ehemaligen DDR in die Europäische Gemeinschaft (EG) ist endgültig geebnet worden, nachdem das Europäische Parlament und der Außenministerrat die Vorlagen der EG-Kommission Mitte September gebilligt haben. Danach wird EG-Recht auf dem Gebiet der alten DDR per Ausnahmeregelung sofort nach der deutschen Vereinigung am 3. Oktober angewendet.

Das 300 Seiten starke Dokument „Die Gemeinschaft und die deutsche Einigung“, das der Präsident der EG-Kommission, Jaques Delors, am 21. August präsentierte, ist ein detaillierter Fahrplan für die Integration der DDR in die Gemeinschaft der Zwölf.

Prinzipiell soll die bisherige DDR spätestens bis zum 31. Dezember 1992, also bis zur angestrebten Vollendung des EG-Binnenmarktes, in den Rechtsraum der Gemeinschaft eingegliedert werden. Lediglich in den Feldern, in denen der Übergang besondere Probleme aufwirft,

Längere Fristen

wird die EG längere Übergangsfristen einräumen, zum Teil bis 1995. Angesichts des dramatischen Zustands der Umwelt der früheren DDR wird zum Beispiel die Einführung der Normen im Bereich der Gewässer- und Luftverschmutzung erst nach umfangreichen Sanierungsprogrammen möglich sein. So gilt für die EG-Grenzwerte über die Einleitung von Quecksilber und Kadmium in Gewässer eine Übergangsfrist von zwei Jahren; vier Jahre Zeit wird eingeräumt,

um unter den Grenzwerten für den Bleigehalt in der Luft zu bleiben.

Auch für andere Bereiche, die die Gesundheit, das Lebensmittelrecht, bestimmte Teile der Landwirtschaft und die Arzneimittel betreffen, sind Übergangsregelungen für zwei bis fünf Jahre vorgesehen.

Gleiches gilt für die veterinär- und pflanzenschutzrechtlichen Vorschriften, für die die Kommission technische Anpassungen oder befristete Ausnahmeregelungen für

**Von Gerd Langguth,
Leiter der Vertretung der
EG-Kommission in der Bundesrepublik Deutschland**

notwendig erachtet. Die Probleme halten sich in diesen Bereichen jedoch in Grenzen, da die nicht den EG-Normen entsprechenden Erzeugnisse nur innerhalb des Gebiets der ehemaligen DDR verkauft werden dürfen.

Im Gegensatz dazu kann die Kommission in Feldern, die die Sicherheit der Menschen unmittelbar gefährden könnten, keine Ausnahmegenehmigung erteilen. Im Feld der nuklearen Sicherheit kann es keinen Kompromiß geben, die hohen EG-Anforderungen müssen hier sofort Anwendung finden. Sichtbarste und von Bundesumweltminister Klaus Töpfer bereits angekündigte Folge ist die wahrscheinliche Stilllegung der Atomkraftwerke in der bisherigen DDR, da diese dem hohen EG-Standard keinesfalls genügen.

In bezug auf die gemeinsame Agrarpolitik werden technische Anpassungen und Ausnahmeregelungen hauptsächlich bei den sogenannten „Agrarstabilisatoren“ und bei Maßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur gewährt. Die EG-Kommission geht davon aus, daß die Interventionshöchstmengen für Fleisch und Tomaten angepaßt werden müssen und bis Ende 1992 nationale Anpassungsbefreiungen notwendig sein werden, um die Umstrukturierung der Landwirtschaft zu unterstützen.

Für die Bauern, die zur Zeit mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen haben, wird

Spürbare Entlastung

die Anwendung aller Regeln der Agrarpolitik sicher spürbare Entlastungen bringen. Aufgrund der Brüsseler Preisstützung am Agrarmarkt werden sich die ruinösen Notverkäufe der alten DDR-Landwirtschaft in naher Zukunft verringern. In puncto Pflanzenproduktion werden die Bauern für eine Übergangszeit von zwei Jahren besser gestellt sein, denn sie können im Gegensatz zu ihren EG-Kollegen ohne Mengengrenzungen produzieren.

Der größte Teil der Regeln, Richtlinien und sonstigen Vorschriften kann allerdings mit dem Beitritt der bisherigen DDR zur Bundesrepublik Deutschland sofort Anwendung finden. Rund 80 Prozent der technischen Vorschriften sind jetzt ebenso anwendbar wie die EG-Rechtsakte zum freien Kapitalverkehr, zur Freizügigkeit, zum freien Verkehr der finanziellen Dienstleistungen sowie zu den indirekten Steuern. Im wichtigen Feld der Wettbewerbspolitik finden die EG-Regeln bereits seit einiger Zeit Anwendung.

Konkrete Hilfe für die Menschen wird die gemeinschaftliche Strukturpolitik bieten. In den drei Jahren von 1991 bis 1993 sind insgesamt drei Milliarden ECU, das sind etwa sechs Milliarden Mark, für die ehemalige DDR vorgesehen. Um flexible und schnelle Lösungen zu ermöglichen, hat die EG zunächst auf die Unterteilung der bisherigen DDR in Zonen mit verschiedener Förderungswürdigkeit verzichtet. Das Strukturhilfekonzert soll in ein gesamtdeutsches gemeinschaftliches Förderkonzept integriert werden, das indes die Bundesregierung bis spätestens 31. Dezember 1990 der Kommission vorlegen muß. Bundesregierung und Bundesländer stehen damit in der Pflicht, die Regionalpolitik des künftigen Deutschland eindeutig auf die wirtschaftlich schwächsten Gebiete zu konzentrieren. Wirtschaftsminister Haussmann wird Pläne für eine bedeutende Umschichtung der Regionalförderung in Richtung alter DDR vorlegen müssen.

Das von der EG-Kommission vorgestellte Konzept bringt der bisherigen DDR gerade in den wirtschaftlich wichtigen Bereichen Rechtssicherheit. Der jetzt klar

Mehr Rechtssicherheit

vorgezeichnete Weg in den Binnenmarkt ist Chance und Zukunftsperspektive für die Wirtschaft der DDR. Die Erfahrungen der Länder, die erst später zur Gemeinschaft gestoßen sind, belegen dies. So hat Spanien, das ebenfalls mit großen Strukturproblemen zu kämpfen hatte, seit seinem Beitritt einen beispiellosen wirtschaftlichen Aufschwung erlebt. Im vierten Jahr nach der Erweiterung fließt ausländisches Investitionskapital mit zweistelligen Wachstumsraten ins Land.

Konferenz mit 1 000 Bürgermeistern und Landräten in den neuen Ländern

Zum Ergebnis der jüngsten Kommunalkonferenzen mit den Städten, Gemeinden und Kreisen in den fünf neuen Bundesländern, die am 9. Oktober zu Ende gingen, erklärt Horst Waffenschmidt, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, der die Konferenzen zusammen mit Experten der zuständigen Bundesministerien durchführte:

Entscheidende Aufgabe dieser Treffen war, die Landräte, Oberbürgermeister und Bürgermeister über die Investitionsförderungsprogramme des Bundes für die neuen Bundesländer im Volumen von 40 Mrd. DM im einzelnen zu informieren und die finanzielle Grundausstattung der dortigen Kommunen in Höhe von 23 Mrd. DM im Jahre 1991 darzulegen. Diese Aufgabe ist besonders bedeutsam, da die meisten Bürgermeister und Landräte, die mutig diese Aufgabe übernommen haben, keine Verwaltungserfahrung besitzen.

Mit Hilfe der ständigen Berater des Bundes in den neuen Bundesländern wurde ein umfassendes Informations- und Kontaktsystem vereinbart, das ab sofort jedem Landrat und Bürgermeister sofortige Unterrichtung zu seinen Anliegen gewährleistet, insbesondere bei Bauinvestitionen und Wirtschaftsförderung.

Im Blick auf die notwendigen kommunalen Investitionen, die auch Voraussetzung für viele private Investitionen sind, wurde besonders intensiv geworben für die Inanspruchnahme der bereitgestellten Programme des Bundes. Insbesondere wurde das 10-Mrd.-DM-Programm für kommunale Infrastruktur erläutert, da

von diesen Mitteln, die seit Mitte September 1990 bereitstehen, erst rund 200 Mio. DM beantragt wurden.

Der Umgang mit solchen Förderungsprogrammen wurde im einzelnen dargelegt. Die auszahlenden Banken versprachen, beantragte Gelder jeweils nach wenigen Tagen bereitzustellen, es wird eine Bearbeitungszeit von drei Tagen angestrebt. Es besteht jetzt die sichere Erwartung, daß dieses Investitionsprogramm in den nächsten Wochen verstärkt in Anspruch genommen wird.

Gleiches gilt für das Programm zur regionalen Wirtschaftsförderung, nach dem z. B. ein ansiedlungswilliger Betrieb in den neuen Bundesländern bis zu 33 Prozent der Investitionssumme an Förderungszuschüssen erhalten kann. Ein Programm vom Bund und mehreren Ländern zum Aufbau wirtschaftsnaher Infrastruktur im Volumen von 400 Mio. DM ist inzwischen angelaufen.

Die zuständigen Behörden haben „grünes“ Licht für 51 neue Gewerbegebiete, 13 Fremdenverkehrsprojekte und 8 Umschulungs- und Fortbildungslehrgänge gegeben.

Neu: Info-Dienst „Kommunal“

Zur Information über aktuelle Förderungsprogramme und die Ausführung des Einigungsvertrages gibt das Bundesministerium des Innern den Info-Dienst „Kommunal“ jetzt wöchentlich in 12.000 Exemplaren für alle Kommunen in den neuen Bundesländern heraus. Hier informieren alle zuständigen Bundesministerien auf direktem Wege Landräte, Oberbürgermeister und Bürgermeister.

Gemeinden sind gut gerüstet für die deutsche Einheit

SPD-Kommunalpolitiker, SPD-Kämmerer, aber auch einzelne SPD-regierte Länder stellen im Vorfeld der Haushaltsberatungen den Anteil der Kommunen bei der Finanzierung des Einigungsprozesses übertrieben dar. Sie wecken falsche Belastungsvorstellungen beim Bürger und begründen die Verschiebung oder gar den Verzicht auf vom Bürger gewünschte kommunale Maßnahmen und Projekte mit der Kostenbeteiligung der Kommunen an der Finanzierung der deutschen Einheit.

Dies ist der kommunale Aspekt der unseriösen SPD-Kampagne, die Vollendung der deutschen Einheit vor allem unter Kostengesichtspunkten zu diskutieren und so Ängste in der westdeutschen Bevölkerung zu wecken.

Die Realität sieht so aus: Mitte Mai haben sich Bund und Länder darauf verständigt, einen mit 115 Mrd. DM ausgestatteten Fonds „Deutsche Einheit“ zu schaffen, der als Sondervermögen außerhalb der normalen öffentlichen Haushalte geführt wird. Damit soll bis 1994 unter anderem die Anlauffinanzierung der fünf neuen Bundesländer und der nahezu 8000 Städte, Gemeinden und Kreise sichergestellt werden. Die Finanzierung des Fonds wird von Bund, Ländern und Gemeinden als gesamtstaatliche Aufgabe aller öffentlichen Haushalte gemeinsam getragen.

Der im Fonds bereitgestellte Betrag wird in Höhe von 95 Mrd. DM über den Kapitalmarkt finanziert. Die restlichen 20 Mrd. DM bringt der Bund durch Haushaltseinsparungen auf, die aus dem Weg-

fall der Kosten für die deutsche Teilung resultieren. Länder und Kommunen zahlen nicht direkt in den Fonds. Sie übernehmen aber 50 Prozent von Zins und Tilgung, wobei von dieser Hälfte 40 Prozent auf die Kommunen entfallen. Der Anteil der Kommunen an der Abfinanzierung des Fonds beträgt damit lediglich 20 Prozent.

Der von den Kommunen zu leistende Beitrag ist angesichts ihrer ausgezeichneten Finanzsituation verkraftbar. Im November 1989 wurden die Steuereinnahmen der Kommunen für 1990 auf 74,4 Mrd. DM geschätzt. Bereits bei der Steuerschätzung im Mai 1990 wurden die Einnahmeerwartungen für 1990 um 1,2 Mrd. DM auf 75,6 Mrd. DM erhöht. Angesichts der vorausschauenden ausgezeichneten Konjunkturentwicklung ist zu erwarten, daß die Steuereinnahmen auf absehbare Zeit schneller anwachsen, als ursprünglich prognostiziert wurde. Die konjunkturell bedingten Steuermehreinnahmen liegen höher als der Beitrag der Kommunen zum Fonds „Deutsche Einheit“. Zudem sollte nicht vergessen werden, daß die Einheit ein Auslöser zusätzlichen Wachstums und damit auch höherer Steuereinnahmen ist.

Die Verteilung der Mittel aus dem Fonds „Deutsche Einheit“

Der Einigungsvertrag hat festgelegt, daß aus dem Fonds „Deutsche Einheit“ jeweils

- 85 Prozent als besondere Unterstützung den Ländern Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen sowie dem Land

Friedensnobelpreis

Helmut Kohl beglückwünscht Gorbatschow

Bundeskanzler Helmut Kohl hat an den Präsidenten der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, Michail S. Gorbatschow, zur Verleihung des Friedensnobelpreises folgendes Glückwunschtelegramm gesandt:

Zur Verleihung des Friedensnobelpreises spreche ich Ihnen — zugleich im Namen meiner Landsleute — die herzlichsten Glückwünsche aus.

Mit dieser Verleihung ehrt das Nobelkomitee Ihre staatsmännische Leistung, die Außenpolitik Ihres Landes unter die Postulate des Friedens, der Verständigung und der Zusammenar-

beit zu stellen. Ihr persönlicher Beitrag zur grundlegenden Verbesserung des Verhältnisses zwischen Ost und West, zur Überwindung der Teilung unseres Kontinents, zu Durchbrüchen bei Abrüstung und Rüstungskontrolle und bei der Lösung regionaler Konflikte findet damit seine hochverdiente Würdigung.

Nicht zuletzt wir Deutschen, deren soeben vollendeter Weg zur Einheit durch die von uns in Moskau und im Kaukasus getroffenen Vereinbarungen geebnet wurde, haben Grund zu großer Dankbarkeit Ihnen gegenüber und freuen uns mit allen Ihren Mitbürgern über diese Auszeichnung.

Für die Fortsetzung Ihrer Politik, die heute so hohe internationale Anerkennung erfahren hat, wünsche ich Ihnen Tatkraft und Erfolg. Ich verbinde damit meine persönlichen Wünsche für Ihre Gesundheit und für Ihr Wohlergehen.

Berlin zur Deckung ihres allgemeinen Finanzbedarfs gewährt und auf diese Länder im Verhältnis ihrer Einwohnerzahl ohne Berücksichtigung der Einwohnerzahl von Berlin (West) verteilt sowie

● 15 Prozent zur Erfüllung zentraler öffentlicher Aufgaben auf dem Gebiet der vorgenannten Länder verwendet werden.

Die Städte, Gemeinden und Kreise erhalten von dem Länderanteil jährlich 40 Prozent. Danach fließen allein im Jahre 1991 den Gemeinden in den neuen Bundesländern aus dem Fonds „Deutsche Einheit“ 11,9 Mrd. DM zu.

Neben den finanziellen Maßnahmen stellen die Kommunen Westdeutschlands

ihre Solidarität mit den Städten und Gemeinden in den neuen Bundesländern durch Beratung, Personal- und Materialhilfen unter Beweis. Bund, Länder und kommunale Spitzenverbände haben in den vergangenen Monaten eine Vielzahl von Beratungs- und Hilfsprogrammen zum Aufbau der Kommunen in den neuen Ländern in die Wege geleitet. Besonders bewährt hat sich die flächendeckende Verwaltungshilfe, wie sie z. B. von Baden-Württemberg initiiert und inzwischen von weiteren Bundesländern übernommen wurde.

Besonders hilfreich erwiesen sich die weit über hundert Städtepartnerschaften als direkteste Form der gegenseitigen Hilfe.

Wissenschaftsförderung in den neuen Bundesländern

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion unterstützt den Bundesforschungsminister in seinen Anstrengungen, ein Acht-Punkte-Programm zur Technologie- und Wissenschaftsoffensive in den neuen Bundesländern durchzuführen. Diese acht Punkte sind von Forschungsminister Riesenhuber in enger Abstimmung und gegenseitigem Informationsaustausch mit den Fraktionen von CDU/CSU und FDP entwickelt worden. Bei den acht Punkten geht es um die

- Schaffung gleicher Forschungsförderungschancen in ganz Deutschland — sofortige Einbeziehung der fünf neuen Bundesländer in das volle Förderspektrum des Bundesforschungsministeriums.
- aktive Begleitung des Entflechtungsprozesses der Ostberliner Akademie der Wissenschaften und Unterstützung der neuen Länder beim Aufbau einer gemeinsamen Forschungslandschaft nach Artikel 91 b des Grundgesetzes.
- Öffnung zur europäischen und weltweiten Kooperation unter Nutzung der bisherigen Zusammenarbeit der früheren DDR mit den osteuropäischen Ländern.
- Modernisierung der Volkswirtschaft in den fünf neuen Ländern durch gezielte Infrastrukturmaßnahmen (Beratung, Technologie-Transfer, Technologie-Zentren).
- Beschleunigung des wirtschaftlichen Aufschwungs durch Anwendung moderner Technik mit Hilfe spezieller Programme und Projekte (zum Beispiel technologieorientierte Unternehmensgründung, Laser-Technik Mikroelektronik).

- Aufrufe an die westdeutsche Wirtschaft, fünf Prozent ihrer Mittel für Forschung und Entwicklung in den neuen Ländern bereitzustellen (Bereitschaft der Industrie ist dazu bereits signalisiert).
- spezielle Forschungsförderung im Bereich der Daseinsvorsorge (zum Beispiel Umwelttechnik, Gesundheit, Klima).
- Sicherung der Zukunft für unser kulturelles Erbe (Erhalt der Baudenkmäler, freie geisteswissenschaftliche Forschung).

Christian Lenzer, forschungspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: In diesem Acht-Punkte-Programm wird die Grundlage für einen

Acht-Punkte-Programm für Forschung und Entwicklung

raschen Neuanfang im Bereich Forschung und Technologie in den neuen fünf Bundesländern gelegt. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion weist insbesondere darauf hin, daß die Programme zur Unterstützung von Forschung und Entwicklung, die im Bundesforschungsministerium aufgelegt wurden, für Unternehmen und Forschungseinrichtungen in den neuen fünf Bundesländern voll zur Verfügung stehen.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion weist im übrigen darauf hin, daß in der nächsten Zeit Standortentscheidungen über Forschungs- und Demonstrationsprojekte zu fällen sind, in die nun auch die fünf neuen Bundesländer einbezogen werden.

Institut der deutschen Wirtschaft:

Steuererhöhungen sind für die deutsche Einheit nicht nötig

Steuererhöhungen zur Finanzierung der deutschen Einheit sind nicht nur unnötig; sie behindern den wirtschaftlichen Aufschwung in den neuen Bundesländern. Das ist das Ergebnis eines Gutachtens des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW). Von den Experten wird bis zum Jahre 2000 sogar ein Finanzierungsüberschuß von fast 76 Milliarden DM durch höhere Steuererhöhungen und Einsparungen teilungsbedingter Kosten erwartet.

Für 1990 gehen die Wirtschaftsexperten noch von einem Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Produktion in den neuen Bundesländern aus. Im Verlauf des kommenden Jahres wird jedoch die wirtschaftliche Erholung beginnen. Von 1992 an rechnen die Gutachter mit einem kräftigen Wachstumsschub von bis zu zweistelligen Wachstumsraten. Bis zum Jahr 2000 wird in den neuen Bundesländern sogar mehr als eine Verdoppelung des Sozialproduktes von 300 Milliarden auf über 600 Milliarden DM erwartet. Das bedeutet: Im Jahresdurchschnitt können die neuen Bundesländer mit realen Wachstumsraten von sieben bis acht Prozent rechnen.

Mehr Wachstum wird in kurzer Zeit zu neuen Arbeitsplätzen führen. Ein Strukturwandel ist unvermeidbar. Landwirtschaft, Bergbau und vor allem der Staatssektor werden abbauen müssen, dafür ist ein kräftiger Beschäftigungszuwachs im Baugewerbe, Handel, bei Banken und Versicherungen, privaten Organisationen und vor allem im Handwerk zu erwarten.

Die durch das höhere Wachstum entstehenden Steuermehreinnahmen können im östlichen Teil Deutschlands für die Sanierung der Wirtschaft und die Modernisierung der Infrastruktur verwendet werden.

Die steigende Nachfrage in den neuen Bundesländern wird laut Gutachten zwischen 1991 und 2000 zu Wachstumsgewinnen von etwa 284 Milliarden DM führen, die sich in Steuermehreinnahmen von rund 76 Milliarden DM niederschla-

Höhere Steuereinnahmen durch steigende Nachfrage

gen. Die Mehrausgaben für die Anschubfinanzierung des Sozialversicherungssystems in den neuen Bundesländern, die zusätzlichen Aufwendungen aus dem „Fonds Deutsche Einheit“ und die bereits beschlossenen Investitionshilfen belaufen sich im gleichen Zeitraum auf 106,5 Milliarden DM. Allein aus den wachstumsbedingten Steuermehreinnahmen lassen sich somit über 70 Prozent der Mehrausgaben finanzieren. Bis 1998 wird sich diese Selbstfinanzierungsquote auf 100 Prozent erhöhen.

Mit der Aufhebung der deutschen Teilung werden zukünftig erhebliche Ausgaben, z. B. für die Transitpauschale, die Zonenrandförderung und die Berlinhilfen, nicht mehr notwendig. Die Beendigung des West-Ost-Konfliktes hilft ebenfalls, Kosten zu sparen. Jährlich werden

Handbuch zur regionalen Familienpolitik

Mit einem neuen „Handbuch zur örtlichen und regionalen Familienpolitik“ informiert das Bundesfamilienministerium in Zusammenarbeit mit dem Institut für Entwicklungsplanung und Strukturfor-
sung in Hannover über die Möglichkeiten für familienpolitisches Handeln auf der Ebene der Kommunen und zeigt gelungene Beispiele aus der örtlichen und regionalen Praxis.

Ursula Lehr: Familienpolitik ist eine eigenständige Aufgabe aller staatlichen Ebenen, die sich jedoch auf jeder Ebene anders darstellt. Während Bund und Länder die Rahmenbedingungen schaffen, können lebensnahe und situationsgemäße Entscheidungen nur vor Ort verwirklicht werden. Familienfreundliche und kindgerechte Wohn-, Erziehungs- und Lebensverhältnisse zu schaffen, kann nur im Zusammenwirken aller Beteiligten gelingen. Dabei sind Bund, Länder

und Kommunen wie die Familien selbst gefordert, aber auch die Kirchen, Familienorganisationen, die freien Träger und die regionale Wirtschaft.

Das Handbuch enthält ausführliche Erläuterungen zur Umsetzung familienpolitischer Aufgabenstellungen auf der Ebene der Gemeinden, Städte und Kreise: Es

- beschreibt Organisationsformen für die partnerschaftliche Zusammenarbeit der Beteiligten,
- erläutert die Rolle der Kommune als Moderator und Koordinator der Familienpolitik im Wohnumfeld und
- trägt eine Fülle von Erfahrungen und Anregungen zu Einzelmaßnahmen und Programmen aus der örtlichen Praxis für die Praxis zusammen.

Die Kurzfassung kann im Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit, Referat 513, Postfach 20 02 20, 5300 Bonn 2, bezogen werden.

so rund 5 Milliarden DM bisher teilungsbedingter Kosten frei. Um 10 Prozent kann zudem der Verteidigungshaushalt verringert werden. Insgesamt stehen bis zum Jahre 2000 rund 106 Milliarden DM zur Verfügung.

Berücksichtigt man sowohl die zusätzlichen Einnahmen wie auch die wegfallenden Ausgaben, ergibt sich ein Finanzierungsüberschuß von rund 76 Milliarden DM. Damit kann z.B. die Anschubfinanzierung für die Sozialversicherung abgedeckt werden.

Die deutsche Einheit löst Wachstumspulse aus. Dadurch entstehen Steuer Mehreinnahmen, die mittelfristig ausreichen, die neuen Aufgaben zu finanzieren. Ein begrenzter Rest- und Vorfinanzierungsbedarf kann laut Gutachten über Privatisierungserlöse der Treuhandanstalt, Privatkapital und durch eine vorübergehende höhere Neuverschuldung finanziert werden. Steuererhöhungen sind daher „nicht nur nicht nötig, sondern würde(n) die notwendige wirtschaftliche Aufschwungsdynamik behindern“.

Milliardenprogramm für die Wohnungsmodernisierung in den neuen Ländern

Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesbauministerium Jürgen Echnach hat in Berlin gemeinsam mit dem Vorstandsmitglied der Kreditanstalt für Wiederaufbau Gert Vogt das Programm zur Modernisierung und Instandsetzung von Häusern und Wohnungen in den neuen Bundesländern vorgestellt.

Mit diesem Programm werden Investitionen zur Verbesserung der Wohnungssubstanz mit einem Volumen von insgesamt 10 Milliarden Mark gefördert. Hiermit Sorge die Bundesregierung dafür, so der Staatssekretär, daß die vielerorts heruntergekommenen Wohnungen eine bessere Ausstattung erhielten oder überhaupt erst wieder bewohnbar würden.

Das Programm gewähre eine Zinsverbilligung um bis zu 3 Prozentpunkten und stehe ab sofort allen Privatpersonen, Wohnungsunternehmen und Gemeinden zur Verfügung, wenn sie in den neuen fünf Bundesländern oder in Ost-Berlin investierten. Er gehe davon aus, daß mit diesem Modernisierungsprogramm der Zustand von insgesamt rund 300.000 Wohnungen verbessert würde.

Jürgen Echnach: Dieses Milliardenprogramm ist ein entscheidender Impuls für die Ankurbelung der dringend notwendigen Investitionen zur Verbesserung des Wohnungsbestandes. Ich erwarte hiervon zudem deutliche Arbeitsmarktentlastungen und eine kräftige Unterstützung des Strukturwandels hin zu mittelständischen Bauunternehmen in den neuen Bundesländern. Zusätzlich leisten wir durch die Förderung von Energiesparmaßnahmen im Rahmen dieses Programms einen akti-

ven Beitrag zur Bekämpfung der Luftverschmutzung.

Mit der Durchführung des Programms ist die Kreditanstalt für Wiederaufbau, Palmengartenstraße 5—9 in 6000 Frankfurt am Main beauftragt.

Privatpersonen, Wohnungsunternehmen, Gemeinden, Kreise, Gemeindeverbände, Zweckverbände und sonstige Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts können einen Antrag zur Zinsverbilligung stellen. Die Abwicklung erfolgt für private Bauherren über die Banken bzw. Kreditinstitute. Die Kredite können bei jedem Kreditinstitut (Bank/Sparkasse) oder jeder Bausparkasse beantragt werden.

Konditionen

- **Kreditbetrag:** Verbilligt werden die unmittelbar durch die Baumaßnahmen entstandenen Aufwendungen, jedoch höchstens 500 Mark pro Quadratmeter Wohnfläche.
- **Zinsverbilligungen:** Bis zu 3 Prozent unter dem Marktzins für die ersten 10 Jahre Laufzeit, danach Kapitalmarktkonditionen.
- **Auszahlung:** 100 Prozent; Kredite bis zu 200.000 Mark sind in einer Summe frühestens nach Baubeginn abzurufen. Kredite von mehr als 200.000 Mark werden nach Vorhabensfortschritt ausgezahlt.
- **Laufzeit:** 25 Jahre, davon 5 tilgungsfreie Anlaufjahre.
- **Rückzahlung:** In gleichen Halbjahresraten. Der Kredit kann jederzeit außerplanmäßig ohne Kosten zurückgezahlt werden.

Auf vollen Touren: Wohnungsbau

Das Wohnungsbauprogramm der Regierung Helmut Kohl zeigt deutliche Erfolge: In den ersten sechs Monaten dieses Jahres ist die Zahl der Wohnungsbaugenehmigungen um fast 50 Prozent gestiegen, im Mehrfamilienhausbereich sogar um fast 90 Prozent. Damit ist das Ziel, in drei Jahren eine Million neue Wohnungen zu schaffen, ein großes Stück näher gerückt.

Das sind die wichtigsten Maßnahmen:

➤ Mehr Geld für den sozialen Wohnungsbau:

Bis Ende 1993 stehen mehr als 8 Milliarden DM an Bundesfinanzmitteln bereit. Das ermöglicht den Bau von knapp 500 000 Sozialwohnungen.

➤ Mehr Geld für den Studentenwohnungsbau:

Mit Bundeszuschüssen von 600 Millionen DM bis 1994 sollen zusätzlich bis zu 40 000 Wohnheimplätze geschaffen werden.

➤ Steuererleichterungen für den Mietwohnungsbau:

Die Abschreibungsbedingungen wurden spürbar verbessert. Besonders günstige Bedingungen gibt es beim Bau von Wohnungen mit Sozialbindung.

➤ Bauspar-Zwischenfinanzierungsprogramm:

Zur Zinsverbilligung von Zwischenfinanzierungskrediten der Bausparkassen werden 500 Millionen DM bereitgestellt.

➤ Wohnungsbau-Kreditprogramm:

Darlehen für den Bau von Mietwohnungen in bestehenden Gebäuden werden zinsverbilligt. 4 Milliarden DM werden dafür bereitgestellt.

➤ Wohnungsbau-Erleichterungsgesetz:

D. h.: weniger Bürokratie. Bebauungspläne können schneller aufgestellt, Baugenehmigungen schneller erteilt werden.

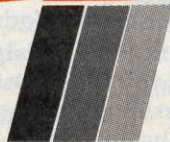
Im übrigen wurde

- das **Wohngeld erhöht**: zuletzt am 1. Oktober um durchschnittlich 14 Prozent;
- das **Baukindergeld** auf jährlich 750 DM pro Kind erhöht.

Für die Wohnungsmodernisierung in den neuen Bundesländern werden bis 1993 zehn Milliarden DM bereitgestellt.

CDU: Wir schaffen neue Wohnungen und schützen die Mieter

CDU



Die
Zukunft

Für den Bundestags- Wahlkampf '90

— Sympathie-Werbemittel —



Riesenballon-Set (Bestell-Nr. 9253)



CDU-Schal (Bestell-Nr. 9362)

Best.- Nr.	Titel	Verpackungs- einheit	Preis je Einheit
9036	Bleistift mit Länderwappen	100 Stück	22,— DM
9890	Eiskratzer	100 Stück	60,— DM
9797	Ernährungsrad	100 Stück	40,— DM
9268	Folienballon in Herzform	10 Stück	20,— DM
9922	Getränkebecher	100 Stück	13,— DM
9429	Kugelschreiber, zweifarbig sortiert	50 Stück	19,50 DM
9614	Lederfußball	1 Ball	39,— DM
9304	Luftballons, bunt sortiert	1000 Stück	110,— DM
9305	Luftballondrahtstäbe	500 Stück	20,— DM
9303	Papierfähnchen: „CDU — Die Zukunft“	1000 Stück	80,— DM
9261	Rommè-/Canasta-Spielkarten	5 Stück	22,— DM
9362	Schal, schwarz-rot-gold	5 Stück	47,25 DM
9813	Notizblock	200 Stück	48,— DM
9814	Parkscheibe: „Freie Fahrt für Europa“	100 Stück	47,— DM
9253	Riesenballon-Set (1x Schwarz, 1x Rot, 1x Gold)	1 Set	22,— DM
9262	Malbuch für kleine Fahrradfahrer	25 Expl.	18,— DM
9783	Schlüsselanhänger: Stabile Mark	50 Stück	30,— DM
9540	Skatspiel	50 Stück	50,— DM
9258	Stundenplan	250 Stück	20,— DM
9778	Wasserball mit CDU-Aufdruck	25 Stück	35,— DM

(Siehe auch nächste Seite)



● **Feuerzeug**

Bestell-Nr.: 9293, Mindestabnahme: 10 Stück.
Preis pro Verpackungseinheit: 9,50 DM.

● **Bierdeckel**

Bestell-Nr.: 9292, Mindestabnahme: 600 Stück.
Preis pro Verpackungseinheit: 21,— DM.

● **Wind-Drachen mit 25 m Schnur**

Bestell-Nr.: 9260, Mindestabnahme: 5 Stück.
Preis pro Verpackungseinheit: 16,— DM.

● **Farbstifte**

naturbelassen, 6fach sortiert

Bestell-Nr.: 9250, Mindestabnahme: 10 Sets.
Preis pro Verpackungseinheit: 15,— DM.

● **Regenschirm**

weiß mit rotem Aufdruck „CDU“

Bestell-Nr.: 9263, Mindestabnahme: 1 Stück.
Preis pro Stück: 9,45 DM.

Bestellungen an:

IS-Versandzentrum

Postfach 1328, 4804 Versmold

Alle Preise verstehen sich inklusive Versand
zuzüglich Mehrwertsteuer.



Kanzler für Deutschland



CDU

Freiheit
Wohlstand
Sicherheit



▲ Bestell-Nr.: 7351 (A1), 7352 (A0)

Neu im Angebot:

Ihre Kreisgeschäftsstelle hat von diesen Plakaten eine kostenlose Grundausstattung erhalten. Bitte, erkundigen Sie sich, wie viele sie davon bekommen haben. Bei zusätzlichem Bedarf können Sie in Versmold nachbestellen — im:

● **A1-Format**

Bestell-Nr.: **7329/7351/7353**

Mindestabnahme: 100 Exemplare

Preis pro Verpackungseinheit:

30,— DM.

● **A0-Format**

Bestell-Nr.: **7330/7352/7354**

Mindestabnahme: 100 Exemplare

Preis pro Verpackungseinheit:

55,— DM.

Bestell-Nr. 7329 (A1), 7330 (A0) ▶

Ja zu Deutschland
Ja zur Zukunft

Gemeinsam schaffen wir's

CDU

Freiheit
Wohlstand
Sicherheit



▲ Bestell-Nr.: 7353 (A1), 7354 (A0)

Kanzler für Deutschland



Freiheit
Wohlstand
Sicherheit



UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1



Das CDU-Glücksrad (Höhe 1,50 m) kann bei Ihren Veranstaltungen ein besonderer Anziehungspunkt für alle Besucher sein. Der Preis beträgt 295,— DM plus MwSt. und Versandkosten ab Werk. Lieferzeit: ca. 3—4 Wochen. Bestellungen an: CDU-Bundesgeschäftsstelle, Abt. Öffentlichkeitsarbeit, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn 1.

UID

33/90

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73—75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91, Telefax (02 28) 23 40 93, **Vertrieb:** Telefon (02 28) 544-421, **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lühje, **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis:** jährlich 48,— DM. **Einzelpreis:** 1,20 DM. **Herstellung:** VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.